

Erich Reiter



Strategische Analysen

Die nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002

Wien, im Oktober 2002

Büro für
Sicherheitspolitik



Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des
Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Dipl.-Graph. Franz Stierschneider,
Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprostelle der Landesverteidigungsakademie
Wien



Die nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002

Inhaltsverzeichnis

Amerikanisches Selbstverständnis	1
Dominanz und Prävention	3
Abschreckung alleine genügt nicht mehr	4
Die USA in den internationalen Beziehungen	5
Neue Eingreiftruppe der NATO	7



Die nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002

Am 20. September dieses Jahres hat US-Präsident Bush jr. dem Kongress die „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ vorgelegt. Ein solches Papier über die sicherheitspolitischen Grundüberzeugungen und Zukunftsplanungen hat jeder Präsident dem US-Kongress zu unterbreiten. In vielen Kommentaren wurde dem Dokument ein dramatischer Charakter beigemessen, insbesondere wegen der angeblichen völligen Abkehr von der bisher gültigen Konzeption Abschreckung, der Hinwendung zur militärischen Prävention und der Betonung der US-Macht. So ganz neu ist all dies allerdings nicht. Das Papier setzt Überlegungen und Absichten in bereits früher dargelegten Konzepten konsequent fort.

Amerikanisches Selbstverständnis

Die USA sind heute ein unangefochtenes Imperium, sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht. Ohne den Einsatz der zentralen Ordnungsmacht USA geht sehr wenig, sei es im Nahen Osten, in Mittelasien, hinsichtlich der indisch-pakistanischen Beziehungen und des Konfliktes um Kaschmir, aber auch in Afrika und sonstigen Weltgegenden gibt es meist ohne USA-Einsatz keinen Friedensschub. Die Weltwirtschaft ist stark von der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft abhängig. Das amerikanische Militär ist allen anderen derzeit weit überlegen. Große Mächte wie China, Indien oder Russland werden in absehbarer Zeit zu arm sein, um die USA im technisch-militärischen Bereich überholen zu können. Ländern, die das eventuell könnten, wie Japan oder den

Ländern Europas als Gesamtheit, fehlt der politische Wille dazu.

Trotz der enormen militärischen Überlegenheit der USA ist ein großes Wettrüsten zur Verringerung des amerikanischen Vorsprungs für die absehbare Zukunft sehr unwahrscheinlich, weil den Europäern und den Japanern der Wille dazu fehlt und weil die anderen größeren Mächte dazu derzeit nicht imstande zu sein scheinen.

Davon und von den amerikanischen Werten und der Stärke Amerikas selbst geht die nationale Sicherheitsstrategie des Jahres 2002 aus, die eine außenpolitische Vision ist und militärische, wirtschaftliche und moralische Aspekte integriert. Die USA sind ein Erfolgsmodell für eine Gesellschaft auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und freiem Unternehmertum. Wenn die Welt ein besserer Ort für alle ihre Bewohner



werden wolle, müsse sie diesem Beispiel der USA folgen. Dass sich die USA als Weltanschauungsmissionar sehen, ist nicht neu. Ein großer Teil der Sicherheitsstrategie ist deshalb der globalen Wirtschaft und insbesondere der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer – natürlich nach amerikanischen Vorstellungen – gewidmet. Eine Welt, in der die Hälfte der Menschheit in Armut lebt, sei weder gerecht noch stabil. Der Einschluss der Armen in einen wachsenden Kreis der Entwicklung sei ein moralischer Imperativ und eine der höchsten Prioritäten der internationalen Politik der USA. Es gehe um einen Sieg in einem Kampf um Werte und Ideen, zu dem auch ein Kampf um die Zukunft der muslimischen Welt gehört. Im Sinne einer Förderung des globalen Wirtschaftswachstums werden insbesondere der Internationale Währungsfond und die Weltbank aufgefordert, sich auf eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums durch gesunde Finanz- und Geldpolitik zu konzentrieren.

Die Strategie ist zwar kein grundsätzlicher Richtungswandel in sicherheitspolitischer Hinsicht (vielmehr die konsequente Weiterverfolgung eines schon vor Bush jr. eingeschlagenen Weges), aber sie ist als eine Art geschichtsphilosophisches Traktat und als ein geostrategisches Grundlagenreferat für das 21. Jahrhundert zu lesen, und es spricht einiges dafür, dass die Strategie tatsächlich von weit reichender Bedeutung sein kann, weil sie die sich in den letzten Jahren entwickelten neuen amerikanischen Vorstellungen eindeutig beschreibt und gewichtet. Die Strategie, zuweilen auch „Bush-Doktrin“ genannt,

gibt tatsächlich Parameter für die Weltpolitik vor. Sie ist eine pragmatische Ausrichtung auf den Zweck und beschreibt die Abkehr von vertrauten Gewohnheiten des Kalten Krieges. Wenn man so will: Der Kalte Krieg wird hier konzeptiv endgültig strategisch zu Grabe getragen.

Die Grundlage der amerikanischen Sicherheitspolitik ist die eigene Stärke. Es sind die Fähigkeiten der Menschen, die Dynamik der Wirtschaft und die Verlässlichkeit der Institutionen. Die USA haben Werte und sie sind gewillt, diese gegen jeden Feind zu verteidigen. Wer nämlich gegen ihre Werte ist, der ist der Feind der USA. Und die Verteidigung der Werte besteht nicht im Hoffen, dass nichts passieren wird beziehungsweise dass der beste Fall eintritt, sondern in der Vorbereitung, den Feind notfalls schlagen zu können. Die Geschichte urteilt – so die Strategie – hart über jene, die eine Gefahr heraufkommen sahen, aber verabsäumt haben zu handeln. Und in der neuen Weltepoche, die bereits begonnen hat, ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit der Weg von rechtzeitigen Aktionen. Die internationale Gemeinschaft hat heute die besten Chancen, die es überhaupt in der moderneren Zeit gegeben hat, dass die großen Mächte friedlich miteinander wettstreiten anstatt sich kontinuierlich für den Krieg vorzubereiten.

Die Herausforderer Amerikas sind derzeit nicht andere große Mächte, sondern eher die versagenden Staaten, von denen Unsicherheit ausgeht und die auch den Boden für die Aktivität terroristischer Gruppen bilden. Im Kampf gegen den Terrorismus stehen die großen Mächte

auf einer Seite, nämlich gegen den Terrorismus.

Nach amerikanischer Ansicht haben alle Nationen eine hohe Verantwortlichkeit für die Gesamtsituation. Die Nationen, die sich der Freiheit erfreuen, müssen aktiv gegen den Terrorismus kämpfen. Nationen, die von der internationalen Stabilität abhängen, müssen mithelfen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Keine Nation ist alleine im Stande, eine sichere und bessere Welt zu bilden. Das muss aus einer Zusammenarbeit aller freiheitsliebenden Nationen erfolgen.

Die Sicherheitsstrategie erklärt, dass sie darauf abziele, die Welt besser zu machen. Die Ziele sind politische und ökonomische Freiheit, friedliche Beziehungen mit anderen Staaten und der Respekt vor der Menschenwürde. Die Strategie reflektiert die Verbindung der amerikanischen Werte und der nationalen Interessen.

Dominanz und Prävention

Die USA haben schon lange den Terrorismus als eine der Hauptgefahren für die Sicherheit angesehen. Die Bekämpfung des Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie waren deshalb bereits seit vielen Jahren im Fokus amerikanischer Außenpolitik. Durch die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington hat sich das verstärkt. Die USA betrachten sich seit damals als im Krieg gegen den Terrorismus befindlich; das ist nicht eine plakative Beschreibung, sondern ein

Empfinden: Die USA sind im Kriegszustand. Dieser Umstand beeinflusst die Strategie maßgeblich.

Als sicherheitspolitisches Motto kann man die Prinzipien der Überlegenheit (Dominanz) und der Prävention (Präventivkriegsführung) angeben.

Die USA wissen um ihre militärische Überlegenheit und sie werden es nicht zulassen, dass diese von irgendeiner Seite angefochten wird. So heißt es in der Doktrin, dass die US-Streitkräfte stark genug sein werden, um jeden möglichen Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung in der Hoffnung zu verfolgen, die Macht der Vereinigten Staaten zu erreichen und zu überbieten. Es wird allerdings eingeschränkt, dass die USA ihre wirtschaftliche und militärische Macht nicht dazu einsetzen werden, um sich einseitig Vorteile zu verschaffen, sondern im Gegenteil, um weltweit eine freie und offene Gesellschaft zu ermutigen. Wesentlich aber ist: Die USA haben den Willen, künftig keinen auch nur annähernd gleich starken Konkurrenten zuzulassen. Denn militärische Überlegenheit ist eine gute Basis für die Verteidigung.

Die USA sei weniger bedroht von Staaten, die eine Eroberungspolitik verfolgen, als von solchen, die selbst versagen, von schwachen, dem Zerfall geweihten Regimen wie dem Irak, die Massenvernichtungswaffen nur einsetzen könnten, sowie von düsteren Netzwerken von einzelnen Personen.

Die größte Gefahr für die Freiheit liegt in der Kreuzung zwischen Radikalismus und Technologie. Durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie kann es geschehen,



dass selbst schwache Staaten und kleine Gruppen katastrophale Gewaltmittel für Schläge auch gegen große Nationen besitzen. Deshalb kann es erforderlich sein, dass die USA einer Bedrohung ihres Landes und ihrer Menschen durch einen militärischen Präventivschlag (wie etwa gegen den Irak, der Massenvernichtungswaffen besitzt und nach US-Angaben in internationale terroristische Netzwerke verknüpft ist) zuvorkommen.

Obwohl die USA bei präventiven Schlägen gegen terroristische Organisationen immer versuchen werden, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu bekommen, werden sie nicht zögern, alleine zu handeln, wenn es notwendig ist um ihr Recht auf Selbstverteidigung durch präventive Aktionen gegen solche Terroristen auszuüben, um sie dadurch zu hindern, dem Land oder der amerikanischen Bevölkerung Schaden zuzufügen.

Die USA werden sich (weiterhin) um die internationale Unterstützung für eine solche allenfalls als notwendig erachtete Aktion bemühen. Aber sie behalten sich das Recht vor, wenn erforderlich auch allein zu handeln, um terroristische Bedrohungen ihrer Sicherheit präventiv zu bekämpfen. Es geht sehr wohl dabei um die amerikanischen Interessen, aber diese basieren ja auf den amerikanischen Werten, die im Grunde genommen weltweit durchgesetzt werden sollten. Die USA fühlt sich aufgrund ihrer Machtfülle auch in der Rolle einer einzigartigen Verantwortung im globalen Sinne. Die USA werden – so die Strategie – ihre Macht nicht in allen Fällen zur Vorbeugung gegenüber aufkommenden Bedrohungen verwenden. Die Absicht solcher Aktionen wird es nur geben, um

eine spezifische aktuelle Bedrohung für die USA oder für ihre Alliierten und Freunde zu eliminieren. Die Gründe einer solchen Aktion werden klar sein, die Gewaltanwendung angemessen und die Sache gerecht.

Mit der Ankündigung eigener Präventivmaßnahmen ist auch die Warnung und Belehrung verbunden, dass andere Nationen die Prävention nicht als Rechtfertigung für Aggression verwenden sollen.

Abschreckung alleine genügt nicht mehr

Die von Kommentatoren dargelegte Behauptung einer Abkehr der USA von der Abschreckung (Prävention statt Abschreckung) geht in dieser Form weder aus der Strategie noch aus dem Verhalten der USA hervor. Tatsache ist, dass sich die Bedeutung der Abschreckung derzeit reduziert. Dieser Prozess hat aber schon vor langem eingesetzt. Spätestens seit der SDI-Rede von Präsident Reagan von 1983, in der die USA die Schaffung einer Raketenabwehr ankündigten, wurde das Konzept der Abschreckung durch Vergeltung um den Aspekt der Verteidigung gegen einen Nuklearangriff ergänzt. Der Paradigmenwechsel von „nur Abschreckung“ zu Abschreckung als ein Element sowie aktive Verteidigung und Vorbeugung als ein zweites, fand spätestens mit der Konkretisierung der National Missile Defense (NMD)-Pläne der USA in der Ära des Präsidenten Clinton statt.

Es sei – so die Strategie – nicht mehr möglich, diejenigen abzuschrecken, die die USA und alles, wofür die USA

einstehen, hassen. Abschreckung genügt nicht für die derzeit aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen; insofern ist das Zeitalter der Politik der Abschreckung passé. Die Feinde Amerikas besitzen heute oder morgen Massenvernichtungswaffen und sie sehen diese nach der US-Strategie nicht mehr als „Waffen für den schlimmsten Fall“, sondern als „Waffen der Wahl“ an. Die Maßnahmen dagegen sind Stärkung der Rüstungskontrolle und „Gegenproliferation“ (ein solches Konzept war ähnlich schon 1993 in der Ära Clinton entwickelt worden). Gegenproliferation ist ein Bündel von aktiven und passiven Schutzvorkehrungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die vom Bau einer Raketenabwehr bis zur Zerstörung militärisch relevanter Ziele im Ausland reichen. Darin hat auch der Präventivkrieg seinen Platz. Wo es nicht mehr möglich ist, sich durch Abschreckung Sicherheit zu schaffen, weil die Abschreckung nicht wirkt (etwa gegen einen religiös oder politisch fundamentalistisch motivierten Terroristen, der zum Selbstmord bereit ist), müssen andere Mittel eingesetzt werden.

Solche vorbeugenden Angriffe galten bislang als gerechtfertigt, wenn eine unmittelbare Bedrohung vorlag. Das gilt es aber nach der Strategie an die heutigen Zustände anzupassen: Heute reicht der Verdacht, dass ein anderes Land oder dort befindliche Terroristen einen Angriff planen, damit der Schlag gerechtfertigt ist, auch wenn Unsicherheit über Ort und Zeit des Angriffes besteht.

Für eine militärische und politische Großmacht behält aber die Abschreckung einen wichtigen Platz in der sicherheitspolitischen Prioritätenreihung. Andere, nämlich präventive Verteidigungsan-

strengungen wie Raketenabwehr und Schutz der Zivilbevölkerung werden aber wichtiger. In eine Reihung, das eine ist wichtiger als das andere, kann man das nicht bringen; das wird jeweils von der aktuellen Situation abhängen.

Der Präventionskrieg oder der präventive Schlag gilt also dem Schutz der USA gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen von „Schurkenstaaten“ beziehungsweise gegen terroristische Angriffe.

Die Kritik an der neuen US-Strategie richtet sich vor allem gegen die Präventionskriegsführung, die völkerrechtlich problematisch ist. Selbst wenn die USA dabei verantwortungsbewusst vorgehen, so können dann auch andere Mächte den Präventionskrieg beanspruchen, etwa Indien wegen der Infiltration Kaschmirs mit (von Pakistan unterstützten) Aufständischen gegen Pakistan.

Völkerrechtlich und historisch sind solche Bedenken begründet. In der Praxis gilt freilich anderes: Stärkere schlagen los, wenn es ihnen nützlich erscheint, wie zum Beispiel der Irak gegen den Iran und später gegen Kuwait. Zu meinen, dass aggressive Regime zu einer friedlicheren Politik kämen, würde die US-Strategie auf den Präventionsschlag verzichten, ist naiv. Eher kann es umgekehrt sein, dass die US-Strategie den einen oder anderen Diktator von einer Aggression abhält.

Die USA in den internationalen Beziehungen

Hinsichtlich der Bemühungen der EU, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beziehungsweise eine Gemeinsame Außen- und Sicher-



heitspolitik zu entwickeln, führt die Strategie aus, dass diese europäischen Bemühungen begrüßt werden und dass durch enge Konsultationen sicherzustellen sei, dass diese Entwicklungen zusammen mit der NATO wirksam werden. Die Strategie sieht auch vor, dass die NATO Fähigkeiten entwickeln muss, um kurzfristig eine hochmobile spezielle Streitmacht einsetzen zu können, um gegen die neuen Bedrohungen wirksam vorzugehen und zwar überall dort, wo dies erforderlich ist. Das heißt also auf der ganzen Welt.

Die NATO muss sich den neuen Bedrohungen anpassen hinsichtlich ihrer Struktur und der militärischen Ausrüstung, wenn sie so bedeutsam bleiben will, wie sie es in der Vergangenheit, also der Zeit des Kalten Krieges, war. Die NATO kann ihre Bedeutung nur wiedererlangen, wenn sie fit ist für globale Einsätze, entweder die NATO selbst als Ganzes oder als Koordinator für Koalitionen der Willigen. Es überrascht nicht, dass die NATO damit indirekt zurückgestuft wird, weil sich die Europäer der Globalisierung nicht stellen wollten und wohl auch in der Zukunft nicht dafür entscheiden werden.

Als die relevanten Mächte werden Russland, China und Indien angesehen. Mit Russland wird ja bereits eine neue strategische Partnerschaft errichtet; jedenfalls sind die USA und Russland nicht mehr länger strategische Gegner. Es gibt potenzielle gemeinsame Interessen und sogar konkrete, wie die Kooperation im globalen Krieg gegen den Terrorismus. Durch den neuen NATO-Russland-Rat wird die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen Russland, den Europäern und den USA selbst gestärkt und die Bemühungen zur

Integration Russlands in die euroatlantische Gemeinschaft werden weitergehen. Aber bis es wirklich eine strategische Partnerschaft ist, wird es noch dauern. Denn Russlands Bemühungen im Bereich der Nonproliferation sind nicht überzeugend und Russland hat auch noch im demokratiepolitischen und wirtschaftlichen Sektor einiges nachzuholen. Aufgrund der feststellbaren eklatanten Schwäche Russlands ergeben sich Beschränkungen der Möglichkeiten der Kooperation.

Hinsichtlich Indiens haben die USA ihre Beziehungen einer markanten Umwandlung unterzogen. Kritik an Indiens Nuklearpolitik und Raketenprogramm sowie an noch unzureichenden wirtschaftlichen Reformen gibt es zwar weiterhin, aber sie dominiert die Beziehungen nicht mehr. Das geschieht vielmehr durch die Absicht, gemeinsam strategische Stabilität in Asien zu errichten. Dies und der Krieg gegen den Terrorismus sind gemeinsame strategische Interessen, die die USA und die sich allmählich entwickelnde Weltmacht Indien verbinden. Es gibt eine starke Beziehung zu Indien.

Auch die Beziehungen zu China sollten eine stabile, friedliche und prosperierende asiatisch-pazifische Region sichern. Die Entwicklung eines starken, friedlichen und prosperierenden Chinas wird begrüßt. Die argen Demokratiedefizite Chinas trüben die Beziehungen freilich. Auch die Intention Chinas zur Verstärkung seiner militärischen Fähigkeiten kann dazu führen, dass sich seine Nachbarn bedroht fühlen. Aber die Perspektive ist, dass auch China eines Tages erkennen wird, dass soziale und politische Freiheit die einzige Quelle wahrer Größe darstellt. Die USA suchen

eine konstruktive Beziehung mit einem sich wandelnden China und kooperieren bereits in jenen Bereichen, wo sich die Interessen überschneiden. Auch hier wird der Kampf gegen den Terrorismus angeführt, aber auch die Versuche, auf der koreanischen Halbinsel Stabilität wahren zu lassen.

Hinsichtlich der strategischen Gesamtsituation geht man vom Bewusstsein aus, dass die ihresgleichen suchende militärische Stärke der USA ein so starker Faktor ist, dass in den strategisch bedeutendsten Regionen der Welt der Friedenszustand aufrecht erhalten werden kann.

Neue Eingreiftruppe der NATO

Der Vorschlag der USA zur Aufstellung einer gemeinsamen, schnell verlegbaren Eingreiftruppe für Kampfeinsätze weit außerhalb des Bündnisgebietes (beim NATO-Verteidigungstreffen in Warschau am 24.9.2002 vorgeschlagen) ist auch im Zusammenhang der neuen amerikanischen nationalen Sicherheitsstrategie zu sehen. Dort wird diese Truppe im Zusammenhang damit gefordert, dass die NATO auf die neuen Bedrohungen reagieren können muss und zwar praktisch weltweit.

Die USA stellen sich vor, dass die neue Eingreiftruppe in der Stärke von 21 000 Mann bis zum 1. Oktober 2004 aufgestellt werden soll, um von da an Manöver abzuhalten und 2006 voll einsatzbereit zu sein. Sie soll je nach Auftrag zusammengestellt und durch Luft- und Seestreitkräfte ergänzt werden. In fünf Tagen sollen die ersten 5000 und innerhalb von 30 Tagen der Rest für

Einsätze in einer feindlichen Umgebung verlegt werden können und in der Lage sein, den Auftrag einen Monat lang ohne logistische Unterstützung von außen durchzuhalten.

Mit diesem Vorschlag geben die USA den Europäern in der NATO eine Chance, der NATO ihre ehemalige Bedeutung – zumindest in einem gewissen Maße – wieder zu geben. Denn sie muss nach US-Sicht fit sein für globale Einsätze; mit der neuen Eingreiftruppe wäre sie das – zumindest hinsichtlich der Fähigkeit zur Leistung eines bescheidenen, aber mehr als nur symbolischen Beitrages. Die Truppe sollte nämlich auch befähigt sein, in nuklear, chemisch oder biologisch verseuchten Gebieten zu kämpfen.

Bereits beim offiziellen Verteidigungsministertreffen im Juni 2002 hatten die NATO-Verteidigungsminister die Vorbereitung einer neuen Initiative zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses und eine radikale Überprüfung der Kommandostrukturen beschlossen.

Die US-Initiative kommt mitten in einer Identitätskrise der NATO beziehungsweise in der Unsicherheit über ihre Rolle in der Zukunft. Die USA wollen die Struktur der NATO so verändern, dass diese besser und schneller auf die aufkommenden globalen Bedrohungen reagieren kann. Die Eingreiftruppe ist deshalb der (vielleicht letzte?) Versuch der USA, die NATO zu einem global wirksamen Bündnis zu machen, das auf die neuen Herausforderungen auch militärisch reagieren kann. Die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe, die die Fähigkeit hat, einer Krise entgegenzutreten, in die US-Kräfte integrierbar ist



und dazu die technischen Fähigkeiten hat, ist gleichsam eine Nagelprobe für die Europäer in der NATO.

Bislang ist der NATO der Sprung in die Globalisierung nicht geglückt, weil einige der wichtigsten europäischen Partner einfach nicht wollten. Es ist derzeit nicht zu ersehen, dass in diesen Ländern ein Umdenken stattfindet.

Einerseits ist es fraglich, ob diese Eingreiftruppe – die wohl überwiegend aus Europäern bestehen wird – überhaupt in der von den USA geforderten Qualität zustande kommt. Andererseits, wie sie sich mit der Eingreiftruppe der EU (ESVP) verhält. Die Eingreiftruppe der NATO ist nach US-Vorstellungen getrennt von der der EU zu sehen. Sie soll eine Kampftruppe sein, wogegen man die europäische Interventionstruppe eher als eine peace-keeping-force ansieht. (Die EU-Truppe „would be focused on the low end of peace-keeping, while NATO force would have to be involved in high intensity conflicts“.) Mit der Eingreiftruppe sollte die NATO über ein Instrument verfügen, mit dem sie kollektiv auf neue asymmetrische Bedrohungen wie Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen reagieren kann. Darunter versteht man

nach der neuen amerikanischen nationalen Sicherheitsstrategie auch die präventive Kriegsführung gegen Länder, von denen (oder von terroristischen Netzwerken dort) eine realistische Bedrohung der USA oder ihrer Verbündeten und Freunde ausgehen kann.

Eine Beschlussfassung wird zum NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 in Prag zu erwarten sein. Ebenso steht eine offizielle Reaktion der EU hinsichtlich der Parallelität oder der Konkurrenz zwischen der NATO-Eingreiftruppe und der EU-Truppe aus.

erschienen im Soldat Nr. 20/2002